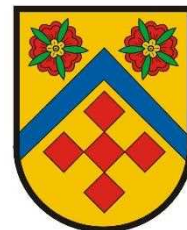


# Gemeinde Dötlingen

Die Bürgermeisterin



**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom**  
**28.05.2026**  
**im Rathaus der Gemeinde Dötlingen, Sitzungszimmer, Hauptstr. 26,**  
**27801 Neerstedt**  
**- Hybridsitzung -**  
**AWiFi/001/2026**

<b>Beginn:</b>	<b>18:00 Uhr</b>
<b>Ende:</b>	<b>21:13 Uhr</b>

**Tagesordnung:**

Top	Bezeichnung	Dr.-Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.11.2025	
4	Bericht der/des Ausschussvorsitzenden	
5	Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden	
6	Bericht der Bürgermeisterin	
6.1	Kommunaler Aktionstag zur Finanzkrise am 27.05.2026 in Hannover; Teilnahme von Bürgermeisterin Oltmanns	2026/148
6.2	Nds. Kommunalinfrastrukturfördergesetz (NKomInfraGöG) in der Verbandsbeteiligung; hier: voraussichtliches Budget für die Gemeinde Dötlingen	2026/149
7	Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin	
	Einwohnerfragestunde	
8	Aktuelle Wirtschaftslage im Landkreis Oldenburg; hier: Bericht der Geschäftsführerin der WLO	2026/143



	Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH Christine Gronemeyer	
9	Bericht zum Haushalt; hier: Schreiben der FDP-Fraktion vom 10.03.2026	2026/117
10	Planungsansätze für die Kalkulation der Abwassergebühren für die zentralen Abwasseranlagen sowie der Nachkalkulation; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.02.2026	2026/141
11	Verwendung der "Akzeptanzabgaben"; hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 17.03.2026 und Antrag der CDU- Fraktion vom 27.04.2026 zur Verwendung der "Akzeptanzabgaben" der Jahre 2024/2025	2026/137
12	Anfragen und Anregungen	
12.1	Anfragen und Anregungen – Dank für die geleistete Rats- und Ausschussarbeit sowie möglicher Wechsel von hinzugewählten und hinzugezogenen Mitgliedern während einer Wahlperiode	
	Einwohnerfragestunde	

**Teilnehmer:****Anwesend:****Mitglieder:**

Herr Claus Plate

Ausschussvorsitzender

Frau Elke Lorenz

Frau Gabriele Roggenthien

Frau Anke Spille

Frau Beate Wilke

**Hinzugewähltes Mitglied:**

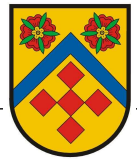
Herr Jens Schachtschneider

**von der Verwaltung:**

Frau Antje Oltmanns

Bürgermeisterin

Frau Alexandra Seidel



**Protokollführerin:**

Frau Lea Möller

**Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Ausschussvorsitzender Plate eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

**Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung**

Ausschussvorsitzender Plate lässt über die Tagesordnung abstimmen. Diese wird einstimmig bei 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**Zu TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.11.2025**

Ausschussvorsitzender Plate lässt über die Niederschrift der Sitzung vom 27.11.2025 abstimmen. Diese wird einstimmig bei 4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

**Zu TOP 4 Bericht der/des Ausschussvorsitzenden**

Ausschussvorsitzender Plate gibt keinen Bericht ab.

**Zu TOP 5 Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden**

Eine Aussprache erfolgt nicht (vgl. TOP 4).



## **Zu TOP 6 Bericht der Bürgermeisterin**

### **Zu TOP 6.1 Kommunalen Aktionstag zur Finanzkrise am 27.05.2026 in Hannover; Teilnahme von Bürgermeisterin Oltmanns Vorlage: 2026/148**

Die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden sowie Landkreise befinden sich in der schlimmsten finanziellen Krise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Ungebremst steigende Sozialausgaben, immer neue Aufgaben ohne Gegenfinanzierung und eine beginnende Zinsspirale sind die überwiegend fremdverschuldeten Ursachen. Während die Einnahmen im Großen und Ganzen stabil bleiben, führen die vom Bund und vom Land auferlegten Ausgabeverpflichtungen zu einem gewaltigen strukturellen Minus der Kommunen.

Das mittlerweile historisch höchste Gesamtdefizit der Kommunen auf Bundesebene lag im Jahr 2025 bei minus 32 Milliarden €, in Niedersachsen bei minus 3,6 Milliarden €. Dies summiert sich zum ähnlich schlechten Jahr 2024. Rücklagen sind vielfach aufgebraucht, die Handlungsspielräume der Kommunen werden zunehmend eingeschränkt.

Wenngleich die Gemeinde Dötlingen zum heutigen Zeitpunkt nach wie vor schuldenfrei ist, stellt sich bekanntlich auch die Entwicklung der finanziellen Lage der Gemeinde Dötlingen ähnlich wie vorstehend beschrieben dar. Deshalb ist diese Entwicklung auch in Dötlingen sehr besorgniserregend. Das große Defizit im Ergebnishaushalt ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und führt voraussichtlich dazu, dass ein Haushaltsausgleich in den kommenden Jahren aus Überschussrücklagen, wie es zuletzt gehandhabt worden ist, nicht mehr möglich sein wird.

Die finanzielle Lage der Kommunen in Niedersachsen spitzt sich allgemein weiter zu. Steigende Ausgaben bei gleichzeitig unzureichender Finanzausstattung schränken die Handlungsspielräume vor Ort zunehmend ein. Dies haben der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund, der Niedersächsische Landkreistag und der Niedersächsische Städtetag zum Anlass genommen, gemeinsam ein starkes Zeichen und ein sichtbares Signal für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen vor dem Niedersächsischen Landtag in Hannover zu setzen.

Gemeinsam mit den Bürgermeisterkollegen Jörg Skatulla aus der Gemeinde Hude sowie Ralf Wessel aus der Gemeinde Ganderkesee hat Bürgermeisterin Oltmanns dies zum Anlass genommen, dem Aufruf der Dachverbände unserer Kommunen zu folgen und gemeinsam mit den Amtskollegen – quasi als Delegation aus dem Landkreis Oldenburg – nach Hannover zu fahren, um dort an der Übergabe eines Positionspapieres an den Niedersächsischen Ministerpräsidenten Olaf Lies teilzunehmen.

Zusätzlich wurde im Vorfeld der Kundgebung von den Dachverbänden ein gemeinsames Schreiben an die Mitglieder der Landesregierung, die Landtagsabgeordneten und niedersächsischen Bundestagsabgeordneten der in Bund und Land Regierung tragenden Fraktionen gerichtet, um auf die dramatische Entwicklung der kommunalen Haushalte hinzuweisen.

Aussprache:

Die Anwesenden nehmen die Ausführungen von Bürgermeisterin Oltmanns zur Kenntnis.

**Zu TOP 6.2 Nds. Kommunalinfrastrukturfördergesetz (NKomInfraGöG) in der  
Verbandsbeteiligung;**

**hier: voraussichtliches Budget für die Gemeinde Dötlingen**

**Vorlage: 2026/149**

Wie bereits aus der Presse zu entnehmen war, hat die Niedersächsische Staatskanzlei über den Beschluss zur Freigabe der Verbandsbeteiligung des Gesetzes zur Förderung der kommunalen Infrastruktur in Niedersachsen aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes (Niedersächsisches Kommunalinfrastrukturfördergesetz – NKomInfraFöG) durch das Kabinett informiert.

Das Land Niedersachsen erhält aus dem Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ des Bundes insgesamt ca. 9,42 Milliarden €. Davon soll die Hälfte, ca. 4,71 Milliarden €, direkt und pauschal an die niedersächsischen Kommunen für Investitionen weitergegeben werden. Weitere 10 % will das Land Niedersachsen selbst für Maßnahmen verwenden, die auch im Interesse der Kommunen liegen. Rechtliche Grundlage für die Verwendung der Mittel des Bundessondervermögens in den Bundesländern und Kommunen sind das Gesetz zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen (Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz – LuKIFG) vom 20.10.2025 und die dazugehörige Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern.

Die Gemeinde Dötlingen wird voraussichtlich aus dem Bundessondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität einen Betrag in Höhe von 2.319.141,00 € erhalten.

Insgesamt fließen in den Landkreis Oldenburg 73.709.691,00 €. Der Landkreis Oldenburg selbst erhält einen Betrag von 34.709.834,00 €, die kreisangehörigen Kommunen zusammen 38.999.857,00 €.

Die Fördermittel können von den Kommunen für Investitionsmaßnahmen eingesetzt werden, die ab dem 1. Januar 2025 begonnen wurden und bis zum 31. Dezember 2042 fertiggestellt werden.

Hinsichtlich der Verwendung der Mittel geht die Bürgermeisterin aktuell davon aus, dass in der Folge Kreditaufnahmen, die aufgrund der geplanten Baumaßnahmen (wie dem Bau des neuen Feuerwehrgerätehauses in Brettorf, zur Einrichtung der Ganztagschulen und dem Umbau bzw. der Sanierung des Bauhofes sowie weiterer Maßnahmen im Bereich des Feuerwehrwesens) eingeplant sind, entsprechend reduziert werden können.

Zunächst einmal sind die Verbandsbeteiligung und der Eingang der offiziellen Mitteilung über die Zuwendung abzuwarten.



Aussprache:

Die Anwesenden nehmen die Ausführungen von Bürgermeisterin Oltmanns zur Kenntnis.

Ratsvorsitzende Wilke erkundigt sich, ob bei der genannten Summe noch Abzüge vorzunehmen seien.

Bürgermeisterin Oltmanns verneint dies.

Weiter fragt Ratsvorsitzende Wilke, ob die Mittel ausschließlich für Infrastrukturmaßnahmen verwendet werden könnten oder ob auch Maßnahmen des Klimaschutzes zwingend berücksichtigt werden müssten.

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass sich das Niedersächsische Kommunalinfrastrukturförderungsgesetz zur Zeit in der Verbandsbeteiligung befinde und man insofern aktuell noch abwarten müsse. Nach ihrer Einschätzung bestehe innerhalb der vorgesehenen Bereiche jedoch ein gewisser Handlungsspielraum.

Ausschussmitglied Roggenthien fragt, ob aus den Mitteln befristet Personal finanziert werden könne.

Bürgermeisterin Oltmanns verweist darauf, dass es sich bei Personalkosten um keine investiven Aufwendungen handle.

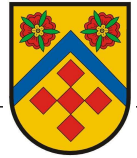
Amtsleiterin Seidel ergänzt, dass die Mittel ausschließlich für Investitionsmaßnahmen vorgesehen seien. Im Gesetzesentwurf sei zudem festgelegt, welche Maßnahmen förderfähig seien. Voraussetzung sei eine Investitionsmaßnahme mit einem Volumen von mindestens 50.000,00 €.

Ausschussvorsitzender Plate äußert, die angekündigten Mittel würden bei ihm sowohl Freude als auch Sorge auslösen. Einerseits seien zusätzliche Investitionen für die Gemeinde Dötlingen möglich, andererseits würden hierfür Schulden auf Bundesebene gemacht werden. Er fragt, inwieweit eine Kommune Einfluss auf die überregionalen Vorhaben, welche ebenfalls aus diesem Programm subventioniert werden, nehmen könne, insbesondere mit Blick auf die mögliche Verlagerung des Verkehrs von Bus und Bahn.

Bürgermeisterin Oltmanns erläutert, dass sie bewusst lediglich über die Rahmendaten berichtet habe, um die Detailgestaltung abzuwarten. Nach aktuellem Stand würden zehn Prozent der Mittel durch das Land für Maßnahmen verwendet werden, die im Interesse der Kommunen lägen. Sie gehe davon aus, dass hierzu noch weitere Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen würden. Insgesamt begrüße sie, dass das Vorhaben auf den Weg gebracht worden sei, betont jedoch, dass die weitere gesetzliche Ausgestaltung abzuwarten bleibe.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Wilke, wann die Mittel zur Verfügung stünden, erklärt Bürgermeisterin Oltmanns, dass nach ihrer Kenntnis Maßnahmen bis zum Jahr 2042 angemeldet werden könnten, während die Mittel bereits vorher bereitgestellt würden.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille merkt an, dass der lange Zeitraum bis 2042 auf eine



einmalige Finanzierung hindeute. Angesichts zahlreicher neuer Aufgaben seien die vorgesehenen rund zwei Millionen Euro lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein und würden nicht ausreichen, um die übertragenen Pflichtaufgaben dauerhaft zu finanzieren.

Bürgermeisterin Oltmanns stimmt dieser Einschätzung zu. Das strukturelle Finanzierungsproblem bleibe bestehen. Die Mittel seien zwar hilfreich, jedoch lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Gleichzeitig würden Bund und Land den Kommunen weiterhin zusätzliche Aufgaben übertragen, beispielsweise im Bereich der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern. Insgesamt plane die Gemeinde allein im Schulbereich Investitionen von rund neun Millionen Euro, für die die Mittel sinnvoll eingesetzt werden könnten. Die Konnexität werde dabei aus ihrer Sicht nicht ausreichend beachtet.

Ausschussvorsitzender Plate merkt abschließend an, dass die Förderung an zahlreiche Bedingungen geknüpft sei. Er habe zunächst angenommen, dass die Gemeinde Dötlingen keine so große Zahlung aus dem Programm erhalten werde.

#### **Zu TOP 7      Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin**

Eine Aussprache ist erfolgt (vgl. TOP 6).

#### **Zu TOP      Einwohnerfragestunde**

**Ausschussvorsitzender Plate schließt die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen und eröffnet die Einwohnerfragestunde um 18:16 Uhr.**

Auf Nachfrage, ob sich die Höhe der Zuwendung (auch) nach der Einwohnerzahl bemesse, bestätigt Bürgermeisterin Oltmanns dies. Sie ergänzt, dass darüber hinaus andere Faktoren, wie beispielsweise die Schlüsselzuweisungen, in die Berechnung einfließen.

**Sodann schließt Ausschussvorsitzender Plate die Einwohnerfragestunde und eröffnet erneut die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen um 18:18 Uhr.**



**Zu TOP 8      Aktuelle Wirtschaftslage im Landkreis Oldenburg;  
hier: Bericht der Geschäftsführerin der WLO  
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH  
Christine Gronemeyer  
Vorlage: 2026/143**

Ausschussvorsitzender Plate leitet in die Thematik ein und begrüßt Frau Gronemeyer und Frau Wischnewski von der WLO Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH.

Frau Gronemeyer berichtet über die aktuelle Wirtschaftslage im Landkreis Oldenburg anhand einer Präsentation (**Anlage**).

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille weist auf die schwierige Situation der Bahnverbindung zwischen Bremen und der Nordseeküste hin. Die Leistungen der Deutschen Bahn seien derzeit unzureichend.

Frau Gronemeyer erklärt, dass sich die Wirtschaftsförderung über die Industrie- und Handelskammer in entsprechende Entwicklungsprozesse einbringe. Dabei werde darauf hingewirkt, sämtliche Verkehrsarten zu betrachten. Neben dem Schienenverkehr sei auch eine leistungsfähige Straßeninfrastruktur von großer Bedeutung.

Ausschussvorsitzender Plate bedankt sich für die Ausführungen.

Bürgermeisterin Oltmanns bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Sie betont die Bedeutung des Themas und hält es für wichtig, die Angebote der Wirtschaftsförderung stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. Der regelmäßige Austausch mit den Wirtschaftsförderern, an dem sie als Bürgermeisterin teilnehme, sei sehr wertvoll. Insbesondere Existenzgründer seien häufig nicht ausreichend über die Angebote der Wirtschaftsförderung informiert. Sie erkundigt sich nach der aktuellen Nachfrage von Gründungsinteressierten.

Frau Gronemeyer erläutert, dass die Wirtschaftsförderung mit verschiedenen Maßnahmen versuche, die unterschiedlichen Zielgruppen zu erreichen. Hierzu gehörten Print- und Digitalangebote, Social-Media-Aktivitäten, Vorträge sowie der Austausch mit Kammern und weiteren Institutionen. Es werde bereits viel unternommen, dennoch bestehe weiteres Verbesserungspotenzial. Zudem werden Pressegespräche angeboten und Veranstaltungen in den Kommunen durchgeführt. Die Ansprache der Zielgruppen bleibe jedoch eine dauerhafte Herausforderung.

Auf Bitte von Bürgermeisterin Oltmanns schildert Frau Gronemeyer beispielhaft die Unterstützungsmöglichkeiten für Existenzgründer. Sie erläutert, dass insbesondere die Themen Internetförderung, Digitalisierung sowie Gründungszuschüsse von Arbeitsagentur oder Jobcenter häufig nachgefragt würden. Die Wirtschaftsförderung begleite Gründungsinteressierte bei unterschiedlichen Fragestellungen und unterstütze auch bei der Einschätzung des richtigen Zeitpunkts für eine Gründung. Empfehlenswert sei eine Kontaktaufnahme, sobald eine grobe



Businessplanung vorliege und noch keine Gewerbeanmeldung erfolgt sei. Auch bei ersten Orientierungsgesprächen könne die Wirtschaftsförderung schnell weiterhelfen.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille erkundigt sich, ob sich Unternehmen aus dem neuen Gewerbepark A1 Wildeshausen-Nord bereits bei der Wirtschaftsförderung gemeldet und Förderungen in Anspruch genommen hätten.

Frau Gronemeyer bestätigt dies. Mehrere Unternehmen seien bereits gefördert worden. Die Zusammenarbeit mit den Kommunen funktioniere dabei sehr gut.

Hinzugewähltes Mitglied Schachtschneider weist auf einen seit Jahren unaufhaltbar schleichenden Bürokratieaufbau hin. Insbesondere neue gesetzliche Vorgaben, beispielsweise auf europäischer Ebene, führten regelmäßig zu zusätzlichen Anforderungen.

Frau Gronemeyer spricht sich für einen Praxischeck bei neuen Gesetzen aus.

Bürgermeisterin Oltmanns ergänzt, dass auch bei dem kürzlich stattgefundenen Aktionstag zur Finanzkrise in Hannover zahlreiche Gesetze und Verordnungen benannt worden seien, die unnötigen zusätzlichen Verwaltungsaufwand verursachten. Einflussmöglichkeiten bestünden vor allem über Landtags- und Bundestagsabgeordnete.

Ausschussmitglied Roggenthien kritisiert, dass trotz regelmäßiger Ankündigungen zum Bürokratieabbau in der Praxis häufig zusätzliche Bürokratie entstehe. Für die Umsetzung neuer Vorgaben werden zunächst zusätzliches Personal und finanzielle Mittel benötigt. Sie merkt an, dass die Kommunen stärker auf ihre Situation aufmerksam machen müssten.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille ergänzt, dass insbesondere zusätzliche finanzielle Mittel erforderlich seien.

Ratsvorsitzende Wilke regt an, dass die Wirtschaftsförderung durch Gespräche mit Behörden Einfluss auf Entscheidungsprozesse nehmen könne. Sie verweist auf Berichte über lange Bearbeitungszeiten bei Bauanträgen im Landkreis Oldenburg, während Verfahren in anderen Landkreisen teilweise schneller abgewickelt würden.

Frau Gronemeyer erklärt, dass entsprechende Unterstützungsangebote bereits praktiziert würden. Unternehmen könnten sich bei Problemen an die Wirtschaftsförderung wenden, die dann den Kontakt zu den zuständigen Behörden suche und mögliche Ursachen für Verzögerungen kläre. Es gebe noch Verbesserungspotenzial. Zudem werde aktuell ein Pilotprojekt zum Einsatz Künstlicher Intelligenz in Genehmigungsverfahren erprobt. Die Anwendung prüfe beispielsweise die Vollständigkeit von Unterlagen im Bereich der Windenergie. Die Herausforderungen seien vielschichtig und lägen teilweise auch außerhalb des Einflussbereichs des Landkreises.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille berichtet, dass im Landkreis Vechta der Bearbeitungsstand von Bauanträgen jederzeit digital eingesehen werden könne.



Bürgermeisterin Oltmanns erneuert ihr Angebot, dass sich Gewerbetreibende, Gründer sowie Investoren bei Problemen oder Verzögerungen auch direkt an die Gemeindeverwaltung wenden können. Auch sie könne selbstverständlich direkt angesprochen werden. Dieses Vorgehen habe sich bereits in der Vergangenheit bewährt.

Hinzugewähltes Mitglied Schachtschneider erklärt, dass er sich aktuell zwar nicht beschweren könne, der Landkreis Oldenburg jedoch in der Vergangenheit bei der Bearbeitung von Anträgen deutlich besser aufgestellt gewesen sei als heute.

Ausschussvorsitzender Plate hebt die gute wirtschaftliche Ausgangslage und die Standortqualität des Landkreises Oldenburg hervor. Gleichwohl sieht er weiteren Handlungsbedarf und fragt nach den Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung.

Frau Gronemeyer betont, dass es sich hierbei in erster Linie um politische und verwaltungsseitige Fragestellungen handele. Die Wirtschaftsförderung könne beratend und unterstützend tätig werden, verfüge jedoch nicht über unmittelbare Steuerungsmöglichkeiten.

Ausschussvorsitzender Plate erkundigt sich nach der wirtschaftlichen Entwicklung der Region und dem Bedarf an weiteren statistischen Auswertungen.

Frau Gronemeyer erläutert, dass der Landkreis Oldenburg im Landesvergleich sowie im Vergleich zu den Nachbarlandkreisen Cloppenburg und Vechta sehr gut aufgestellt sei. Dennoch dürfe man sich auf den bisherigen Erfolgen nicht ausruhen. Das interkommunale Gewerbegebiet in Hockensberg werde als äußerst positiv bewertet. Die Lage sei hervorragend, die Unternehmen erfolgreich und die Entwicklung insgesamt sehr erfreulich.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille lobt die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Gewerbeentwicklung.

Ausschussmitglied Roggenthien erinnert daran, dass frühere Verantwortliche der Wirtschaftsförderung dem interkommunalen Ansatz teilweise kritisch gegenübergestanden hätten. Sie betont jedoch, dass weniger zusätzliche Statistiken als vielmehr konkrete Unterstützung und Hilfestellung für Unternehmen wichtig seien. Besonders die praxisnahe Unterstützung kleiner Unternehmen hebt sie positiv hervor.

Ratsvorsitzende Wilke würdigt die Arbeit der Wirtschaftsförderung sowie der Industrie- und Handelskammer. Während die IHK für ein großes Gebiet zuständig sei, könne die Wirtschaftsförderung vor Ort regional und zielgerichtet unterstützen. Aus ihrer Sicht sei die Wirtschaftsförderung für den Landkreis unverzichtbar.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender Plate über die Beschlussempfehlung abstimmen. Diese wird einstimmig bei 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.



**Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt:  
Der Verwaltungsausschuss beschließt:**

**„Der Bericht der Geschäftsführerin der WLO Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH Frau Christine Gronemeyer wird zur Kenntnis genommen.“**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**Zu TOP 9 Bericht zum Haushalt;  
hier: Schreiben der FDP-Fraktion vom 10.03.2026  
Vorlage: 2026/117**

Ausschussvorsitzender Plate leitet in die Thematik ein und erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Bürgermeisterin Oltmanns erläutert den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Über den Antrag sei bereits mehrfach ausführlich in nichtöffentlichen Sitzungen beraten worden. Außerdem sind die Hintergründe in der Sitzungsvorlage dargestellt. Die Aufstellung der Haushalte beziehungsweise deren Vorstellung erfolge regelmäßig ausführlich in den Ratsöffentlichen Informationsveranstaltungen sowie in den entsprechen Sitzungen der Fachausschüsse. Aufgrund des Schreibens der FDP-Fraktion habe die Verwaltung den Ratsmitgliedern zusätzliche Informationen zur Verfügung gestellt. Dabei habe jedoch nicht konkret geklärt werden können, welche Detailinformationen darüber hinaus gewünscht werden. Seitens der Verwaltung sind Gesprächsangebote unterbreitet worden, die teilweise nicht angenommen wurden. Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung den Antrag in die heutige Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen eingebracht, damit die politischen Gremien über die Notwendigkeit einer weitergehenden Vorstellung entscheiden können. Bürgermeisterin Oltmanns weist zudem darauf hin, dass derzeit mehrere erfahrene Mitarbeitende der Kämmerei nicht im Dienst seien und die Stellen mit neuem Personal besetzt wurden, welches zunächst eingearbeitet werden muss. Gleichzeitig hat bereits die Haushaltsaufstellung für das Jahr 2027 begonnen. Für detaillierte fachliche Fragen können sich die Ratsmitglieder direkt an die Kämmerin wenden.

Ausschussvorsitzender Plate erklärt, dass seitens der Politik bereits konkrete Ideen eingebracht wurden, welche zusätzlichen Darstellungen im Haushalt gewünscht werden. Gleichzeitig wünsche man sich Vorschläge der Verwaltung, welche Informationen sinnvoll ergänzt werden können. Es geht ihm nicht darum, der Verwaltung zusätzliche Arbeit aufzuerlegen. In den bisherigen Beratungen sind bereits die personellen Ressourcen sowie die Personalkosten thematisiert worden. Er ist der Meinung, dass die Verwaltung gut aufgestellt sei und er die Beantwortung des Antrages erwarten könne. Abschließend weist er darauf hin, dass die Haushaltsjahre 2022 und 2023 positiv abgeschlossen wurden.

Amtsleiterin Seidel stellt klar, dass für die Jahre 2022 und 2023 noch keine Jahresabschlüsse vorliegen. Die zuletzt festgestellten Jahresabschlüsse reichen bis einschließlich 2021. Bei den für 2022 und 2023 genannten Werten handelt es sich lediglich um vorläufige Zahlen. Sie erläutert,



dass die Software IKVS die Ist-Werte des Vorjahres ausweist und dabei auf den jeweiligen Buchungsstand hinweist. Sie bedauert, dass die Jahresabschlüsse noch nicht vollständig aufgeholt werden konnten. Die Verwaltung arbeitet jedoch daran, den Rückstand weiter abzubauen. Die beiden Mitarbeiterinnen, die für die Erstellung der Jahresabschlüsse zuständig sind, befinden sich derzeit nicht im Dienst, sodass sich aktuell zwei neue Mitarbeiter einarbeiten müssen, um die nun noch ausstehenden Abschlüsse aufzuarbeiten.

Ausschussvorsitzender Plate betont, dass eine Analyse der vorliegenden Zahlen wichtig ist, um die tatsächliche finanzielle Situation der Gemeinde verlässlich beurteilen zu können.

Ausschussmitglied Lorenz erklärt, dass sie die Auffassung des Ausschussvorsitzenden Plate teilt und das Thema bereits selber mehrfach angesprochen hat. Bei lediglich zwei Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen pro Jahr fehlt ihr persönlich häufig das Gefühl für die aktuelle finanzielle Entwicklung der Gemeinde. Sie betont, dass der Arbeitsaufwand für die Vorbereitung zu den Sitzungen für die Ratsmitglieder mit hohem Aufwand verbunden ist, da das Verständnis für die Thematik und wichtige Informationen fehlen. Gleichzeitig sei dieser Aufwand aus ihrer Sicht in der Qualität der politischen Entscheidungsfindung spürbar. Die Ratsmitglieder müssten ihrer Meinung nach außerdem auch zwischenzeitlich wissen, wo die Gemeinde finanziell steht. Die Vorstellung des Haushaltes und des Haushaltsberichtes stellen zwar eine wichtige Informationsgrundlage dar, werden jedoch erst zu einem Zeitpunkt behandelt, an dem kurzfristige Entscheidungen getroffen werden müssen. Daher wünscht sie sich zusätzliche unterjährige Informationen. Die in der Software IKVS dargestellten Zahlen sind vorläufig und eignen sich deshalb aus ihrer Sicht nur eingeschränkt als Arbeitsgrundlage. Sie spricht sich dafür aus, mit einer überschaubaren Anzahl von Kennzahlen zu arbeiten. Es sind ihrer Meinung nach nicht zwangsläufig viele Kennzahlen erforderlich; vielmehr könnten bereits wenige aussagekräftige Werte, beispielsweise zu Personalkosten oder zur Einwohnerentwicklung, eine hilfreiche Grundlage für politische Entscheidungen darstellen. Abschließend betont sie, dass alle Ratsmitglieder gut vorbereitet sein sollten. Insbesondere mit Blick auf neue Ratsmitglieder ist es wichtig, geeignete Informationen zur Verfügung zu stellen. Sie unterstützt daher den vorliegenden Antrag.

Ausschussmitglied Roggenthien erklärt, dass sie den Antrag kritisch sieht. Aus ihrer Sicht ist dieser nicht konkret genug formuliert. Auch im Verlauf der bisherigen Gespräche sei nicht deutlich geworden, welche zusätzlichen Informationen konkret gewünscht wurden. Sie kann sich vorstellen, dass regelmäßige Zwischenstände zur finanziellen Entwicklung der Gemeinde sinnvoll sind. Entsprechende Informationen hat es in der Vergangenheit bereits gegeben. Dabei geht es aus ihrer Sicht jedoch nicht um detailliert ausgearbeitete Zahlenwerke, sondern vielmehr um eine grobe Darstellung des aktuellen Sachstandes. Sie verweist auf die Beratungen zur Gemeindeentwicklungsplanung, wo man in naher Zukunft Ziele und Maßnahmen festlegen wollte, diese Beratungen jedoch aufgrund der personellen Situation zurückgestellt worden sind. Sie betont, dass die Mitarbeitenden der Verwaltung nicht zusätzlich belastet werden sollten. Dies stelle für die Politik ein Dilemma dar. Einen umfassenden Bericht kann sie daher nicht unterstützen. Konkrete und zielgerichtete Informationen hält sie hingegen für sinnvoll. Vor dem Hintergrund der zahlreichen bereits geführten Gespräche stellt sich für sie die Frage, welche Punkte aktuell noch offen sind. Eine grobe Darstellung des aktuellen Standes im Vergleich zur ursprünglichen Planung begrüßt auch sie. Abschließend erklärt sie, dass sie den Vorschlag der Verwaltung mittragen kann.



Ausschussvorsitzender Plate konkretisiert die aus seiner Sicht wesentlichen Anliegen des Antrages. Zum einen gehe es um die Bereitstellung aktueller Zahlen zur finanziellen Entwicklung der Gemeinde. Zum anderen stellt sich die Frage, wie die Haushaltsberatungen für das Jahr 2027 gestaltet werden sollen und ob entsprechende Vorbereitungen bereits jetzt begonnen werden sollten. Er weist darauf hin, dass sich die Diskussion über Kennzahlen erst im Laufe der Gespräche entwickelt hat.

Ratsvorsitzende Wilke erklärt, dass es ihr zunächst ähnlich wie Ausschussmitglied Roggenthien gegangen ist und sie den Antrag in seiner ursprünglichen Form nicht eindeutig einordnen konnte. Mit den in der Sitzungsvorlage genannten Kennzahlen könne sie hingegen etwas anfangen. Diese halte sie grundsätzlich für sinnvoll, aber sieht die Umsetzung aufgrund der personellen Situation als schwierig.

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass für die Verwaltung weiterhin nicht eindeutig erkennbar ist, welche konkreten Informationen seitens der Politik gewünscht werden. Die Verwaltung habe hierzu Gesprächsangebote unterbreitet, die jedoch nicht in allen Fällen wahrgenommen wurden. Im Verlauf der Gespräche seien zudem neue Fragestellungen hinzugekommen, wodurch sich das ursprünglich angesprochene Themenfeld erweitert hat. Sie führt aus, dass die Entscheidung, die Beratungen zu der Gemeindeentwicklungsplanung - hinsichtlich der Ziele und Maßnahmen - zunächst zurückzustellen, auch der Verwaltung nicht leichtgefallen ist. Angesichts der aktuellen personellen Situation habe jedoch eine Priorisierung erfolgen müssen. Derzeit liegt der Schwerpunkt der Arbeit – neben dem Tagesgeschäft und der Aufstellung des Haushaltsplanes 2027 – auf der Erstellung der Jahresabschlüsse. Dies hat für die Verwaltung aktuell höchste Priorität. Hinsichtlich einer möglichen externen Vergabe von Aufgaben weist Bürgermeisterin Oltmanns darauf hin, dass auch bei möglicherweise auszulagernden Leistungen, beispielsweise im Bereich der Jahresabschlüsse, weiterhin erhebliche Zuarbeiten durch die Verwaltung erforderlich wären.

Ausschussvorsitzender Plate erklärt, dass ihm die angesprochenen Gesprächsangebote nicht bekannt gewesen sind. Nach seiner Kenntnis sind entsprechende Hinweise lediglich in einem Protokoll erwähnt worden. Er betont, dass es ihm vor allem darum gehe, eine praktikable Lösung für die Zukunft zu finden. Ziel ist es, künftig regelmäßig Kennzahlen und aussagekräftige Daten zur Verfügung zu haben, um die politische Arbeit zu unterstützen. Mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung könne er grundsätzlich mitgehen. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass seitens der Politik ausreichend Personalstellen zur Verfügung gestellt wurden. Für die aktuelle personelle Situation innerhalb der Verwaltung trage die Politik daher aus seiner Sicht kein Verschulden. Er bittet darum, dass ein mögliches Vorgehen hinsichtlich der Haushaltsberatungen aufgezeigt wird.

Ausschussmitglied Roggenthien könnte sich vorstellen, dass die Politik noch einmal das weitere Vorgehen bespricht. Ferner erkundigt sie sich, ob es sich um einen expliziten Antrag handelt.

Ausschussvorsitzender Plate erklärt, dass es sich um einen Vorschlag handelt.

Ausschussmitglied Roggenthien bittet um Konkretisierung, wer das weitere Vorgehen aufzeigen solle.



Ausschussvorsitzender Plate erläutert, dass die Verwaltung im Rahmen des Antrages darstellen soll, wie die Zeit bis zu den Haushaltsberatungen im November beziehungsweise Dezember für die politische Arbeit sinnvoll genutzt werden kann.

Bürgermeisterin Oltmanns verweist darauf, dass über das Thema bereits mehrfach im nichtöffentlichen Verwaltungsausschuss beraten wurde. Die Verwaltung habe den Sachverhalt daher, wie angekündigt, in der heutigen Sitzung vorgestellt. Ob darüber hinaus weitere Termine oder eine Sondersitzung gewünscht sind, muss gegebenenfalls politisch entschieden werden.

Amtsleiterin Seidel erläutert, dass sich die Verwaltung bereits mitten in der Aufstellung des Haushalts für das kommende Jahr befinde. Die einzelnen Sachgebiete hätten ihre Haushaltsansätze bereits erarbeitet. Sie führt aus, dass die Frist zur Haushaltsaufstellung von bislang Ende Juli auf Ende Juni vorgezogen wurde. Ein noch früherer Beginn ist kaum möglich, da die Genehmigung des aktuellen Haushalts erst Mitte April 2026 erfolgt ist. Anschließend werden die Haushaltsdaten vom Sachgebiet „Finanzen“ im Rahmen des Vier-Augen-Prinzips geprüft, sodass der Politik voraussichtlich noch vor den Herbstferien ein erster Haushaltsentwurf vorgelegt werden kann. Für die Haushaltsberatungen ist zudem eine veränderte Darstellung vorgesehen. Statt umfangreicher Fließtexte soll der Schwerpunkt auf einer übersichtlichen tabellarischen Darstellung mit den wesentlichen finanziellen Positionen und größeren Haushaltsansätzen liegen. Abschließend betont auch Amtsleiterin Seidel, dass die Verwaltung konkrete Vorgaben benötigt, welche Informationen zusätzlich gewünscht sind. Die Vielzahl der bislang diskutierten Anforderungen kann mit den vorhandenen Ressourcen nicht umgesetzt werden.

Ausschussmitglied Roggenthien erklärt, dass sie eine unterjährige Information über den aktuellen Stand der Haushaltsentwicklung grundsätzlich begrüßt, sofern dies organisatorisch umgesetzt werden kann. Sie weist darauf hin, dass es insbesondere für berufstätige Ratsmitglieder schwierig ist, sich die komplexen Zusammenhänge selbst zu erarbeiten. Zudem stellt sich der Rat neu auf. Daher hält sie eine Informations- oder Einführungsveranstaltung für sinnvoll, in der die Struktur des Haushalts sowie der Umgang mit den bereitgestellten Unterlagen erläutert werden.

Bürgermeisterin Oltmanns stimmt dieser Einschätzung zu und hält eine Schulung für neue Ratsmitglieder ebenfalls für sinnvoll.

Ratsvorsitzende Wilke merkt an, dass Kennzahlen grundsätzlich hilfreiche Informationen liefern können. Ihre Aussagekraft entfalte sich jedoch erst im Vergleich über mehrere Jahre oder im Vergleich mit anderen Kommunen. Ein entsprechender Vergleich sei daher erforderlich.

Anschließend lässt Ausschussvorsitzender Plate über den Beschlussvorschlag abstimmen. Diese wird bei 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt:  
Der Verwaltungsausschuss beschließt:**

**„Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.“**



**Die bereits zur Verfügung gestellten Informationen in dem Haushaltstool „IKVS“, den Sitzungsvorlagen zum Haushalt sowie den veröffentlichten PDF-Dateien zum Haushalt werden seitens der politischen Fraktionen im Rat der Gemeinde Dötlingen genutzt.**

**Bei detaillierten Fragen wenden sich die Ratsmitglieder direkt an die Verwaltung.“**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja 3 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

**Zu TOP 10 Planungsansätze für die Kalkulation der Abwassergebühren für die zentralen Abwasseranlagen sowie der Nachkalkulation;  
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.02.2026  
Vorlage: 2026/141**

Ausschussvorsitzender Plate erteilt Ausschussmitglied Lorenz das Wort, welche den Antrag der SPD-Fraktion vom 15.02.2026 „Planungsansätze für die Kalkulation der Abwassergebühren für die zentralen Abwasseranlagen sowie der Nachkalkulation“ erläutert.

Ausschussmitglied Lorenz stellt klar, dass mit dem Antrag nicht unterstellt wird, dass Fehler bei der Gebührenkalkulation vorliegen oder die Gebühren nicht kostendeckend erhoben werden. Vielmehr geht es darum, die Zusammensetzung der Kalkulation besser nachvollziehen zu können. Sie erläutert, dass die SPD-Fraktion insbesondere eine Übersicht über die wesentlichen Kostenbestandteile wünscht, beispielsweise Personalkosten, Instandhaltungsaufwendungen oder Wiederbeschaffungswerte. Darüber hinaus besteht Interesse daran, die Entwicklung dieser Positionen im Zeitverlauf nachvollziehen zu können. Als Beispiel nennt sie die Auswirkungen neuer Baugebiete oder von Maßnahmen zur Regenwasserbewirtschaftung auf die Gebührenkalkulation. Ziel ist es, die zugrunde liegenden Entwicklungen besser zu verstehen. Sie betont, dass hierfür keine zusätzliche Sitzung erforderlich ist. Aus ihrer Sicht reichen entsprechende Übersichten oder Listen aus, die den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Bürgermeisterin Oltmanns weist darauf hin, dass die Kämmerin bereits zahlreiche Informationen zu diesem Thema an die Ratsmitglieder übersandt hat. Darüber hinaus wurde die Angelegenheit bereits viermal im Verwaltungsausschuss beraten. Zudem hat das beauftragte Unternehmen Comuna die Kalkulation bereits im Rahmen einer Einwohnerversammlung vorgestellt. Bürgermeisterin Oltmanns hält es für sinnvoll, die Thematik erneut im Zusammenhang mit der Gebührenkalkulation für das Jahr 2027 zu behandeln. Sie betont, dass sie den Ausführungen des Unternehmens vertraut und auf eine Vorstellung in den politischen Gremien setzt, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen personellen Situation in der Verwaltung. Ein einfaches Übersenden von Excel-Tabellen ist aus ihrer Sicht ohne Weiteres nicht möglich. Die Vorstellung der neuen Gebührenkalkulation ist für das Ende des Jahres vorgesehen.



Ausschussmitglied Lorenz stellt klar, dass es ihr nicht um ein fehlendes Vertrauen in das beauftragte Unternehmen Comuna geht. Ebenso geht es ihr nicht darum, dass die Kalkulation zu einem späteren Zeitpunkt nochmals erläutert wird. Vielmehr möchte sie die Entwicklung der maßgeblichen Faktoren nachvollziehen können und eine Grundlage für politische Diskussionen erhalten. Als Beispiel nennt sie den Fall, dass die Abwassermenge um fünf Prozent steigt, die Kosten jedoch um 48 Prozent zunehmen. In einem solchen Fall möchte sie erkennen können, welche Ursachen dieser Entwicklung zugrunde liegen. Ausschussmitglied Lorenz betont nochmals, dass hierfür keine zusätzliche Sitzung erforderlich ist und die Bereitstellung entsprechender Übersichten oder Excel-Listen ausreicht.

Ausschussmitglied Roggenthien erklärt, dass sie die Ausführungen von Ausschussmitglied Lorenz nachvollziehen kann. Gleichzeitig vermutet sie, dass die gewünschten Übersichten nach ihrer Einschätzung nicht in Form einfacher Listen vorliegen, sondern die Kalkulation deutlich komplexer ist. Zudem hat die Politik bereits festgelegt, welche Kostenbestandteile in die Gebührenkalkulation einfließen sollen. Auch ist entschieden worden, wie mit Unterdeckungen umgegangen werden soll. Sie verweist darauf, dass das beauftragte Unternehmen die verschiedenen Kalkulationsmöglichkeiten aufgezeigt hat und die politischen Gremien anschließend die entsprechenden Entscheidungen getroffen haben. Den Wunsch nach einem besseren Überblick kann sie nachvollziehen und hält diesen ebenfalls für wichtig. Die Entwicklung der Gebühren fällt jedoch in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich aus und ist daher nicht immer leicht nachzuvollziehen. Grundsätzlich unterstützt sie das Anliegen, spricht sich jedoch dafür aus, die gewünschten Informationen im Zusammenhang mit der nächsten Gebührenkalkulation bereitzustellen. Dies ist insbesondere mit Blick auf neue Ratsmitglieder sinnvoll. Gleichzeitig verweist sie auf die aktuelle personelle Situation in der Verwaltung. Sollten die gewünschten Informationen nicht bereits in geeigneter Form vorliegen, spricht sie sich dagegen aus, zusätzliche personelle Ressourcen für eine aufwendige Aufbereitung einzusetzen.

Amtsleiterin Seidel erläutert, dass die Gebührenkalkulation im Bauamt bearbeitet wird. Im November wurde hierzu bereits eine sehr umfangreiche Sitzungsvorlage vorgelegt. Zudem sind im Rahmen der Beratungen eine Excel-Tabelle mit einer Übersicht der Abweichungen präsentiert worden.

Ausschussmitglied Roggenthien merkt an, dass dort zwar Summen dargestellt wurden, die Zusammenhänge und Kombinationen der einzelnen Kostenbestandteile jedoch nicht hinreichend ersichtlich gewesen sind.

Amtsleiterin Seidel ergänzt, dass das Bauamt und die Finanzverwaltung bei der Erstellung und Aufbereitung der Gebührenkalkulation eng zusammenarbeiten.

Bürgermeisterin Oltmanns erläutert, dass das beauftragte Unternehmen Comuna derzeit keine Kapazitäten für eine weitergehende Aufbereitung der Daten hat und demzufolge für Erläuterungen oder gar einen Vortrag nicht zur Verfügung stehe. Eine erneute Befassung ist erst im Rahmen der nächsten Gebührenkalkulation möglich.

Ratsvorsitzende Wilke erklärt, dass detaillierte Informationen zu den einzelnen Positionen der Gebührenberechnung aus ihrer Sicht nur dann sinnvoll sind, wenn auf diese Positionen auch



Einfluss genommen werden kann. Sie geht davon aus, dass die Einflussmöglichkeiten der Politik in diesem Bereich begrenzt seien, vielleicht auch gar nicht bestünden. Daher sieht sie keinen wesentlichen Nutzen darin, die einzelnen Berechnungsbestandteile im Detail zu kennen.

Amtsleiterin Seidel erläutert, dass die Verwaltung die beeinflussbaren Faktoren bereits gemeinsam mit Firma Comuna intensiv geprüft hat. Die Verwaltung hat die bestehenden Handlungsmöglichkeiten im Austausch mit dem Unternehmen umfassend ausgelotet. Weitere Einflussmöglichkeiten sind dabei nicht erkennbar geworden. Sofern dies politisch beschlossen wird, erstellt die Verwaltung die entsprechenden Daten in Form einer Excel-Tabelle. Aus ihrer Sicht führt dies jedoch nicht zu einem zusätzlichen Erkenntnisgewinn oder praktischen Nutzen.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille erläutert, dass die Gebührenkalkulation überwiegend auf festen und nachvollziehbaren Kostenpositionen beruht. Hierzu zählen beispielsweise die Kosten der Klärschlamm Entsorgung, die Kosten der Abwasserbehandlung, Reparaturen sowie Instandhaltungsmaßnahmen. Als wesentlicher Faktor bleiben aus ihrer Sicht vor allem die Personalkosten.

Hinzugewähltes Mitglied Schachtschneider vermutet, dass es den Ratsmitgliedern weniger um die Bewertung oder Plausibilität der einzelnen Kostenpositionen geht. Vielmehr geht er davon aus, dass der Wunsch darin besteht, nachvollziehbar darlegen zu können, warum sich die Gebühren erhöht haben. Hierfür könnte eine Übersicht hilfreich sein, aus der die wesentlichen Ursachen der Kostensteigerungen hervorgehen. Aus seiner Sicht reicht bereits eine Darstellung der zwei oder drei wichtigsten Faktoren aus, die maßgeblich zur Gebührenerhöhung beigetragen haben.

Bürgermeisterin Oltmanns weist darauf hin, dass eine derartige Aufbereitung mit erheblichem Aufwand verbunden ist. Die Verwaltung hat sich bereits intensiv mit der Thematik befasst und sieht derzeit keine weiteren Möglichkeiten, die gewünschten Informationen zeitnah in der geforderten Form aufzubereiten. Sie spricht sich dafür aus, den Ausführungen und Berechnungen der beauftragten Fachfirma zu vertrauen.

Ausschussmitglied Roggenthien weist erneut darauf hin, dass die Politik seinerzeit festgelegt hat, welche Kostenbestandteile in die Gebührenkalkulation einfließen. Vor dem Hintergrund verschiedener Investitionen, beispielsweise im Zusammenhang mit der Erschließung von Gewerbegebieten sowie weiteren Maßnahmen im Bereich der Kanalinfrastruktur, ist für sie nicht ersichtlich, in welchem Umfang sich diese auf die Abwassergebühren auswirken. Dies gilt ebenso für Investitionen in Neubaugebieten.

Ausschussmitglied Lorenz erklärt, dass sie die politischen Entscheidungsspielräume besser nachvollziehen möchte. Sie möchte erkennen, welche Auswirkungen politische Entscheidungen auf die Gebührenentwicklung haben und an welchen Stellen Einflussmöglichkeiten bestehen. Darüber hinaus interessiert sie insbesondere die Entwicklung der maßgeblichen Kostenfaktoren über einen längeren Zeitraum. Sie geht davon aus, dass das beauftragte Unternehmen Comuna entsprechende Auswertungen erstellen kann.

Ausschussvorsitzender Plate führt aus, dass er die Auffassung von Ausschussmitglied Lorenz teilt. Insbesondere interessiert ihn, welche Auswirkungen politische Entscheidungen auf die



Gebührenentwicklung haben. Als Beispiel nennt er Investitionen für die Erschließung von Gewerbegebieten. Dabei stellt sich die Frage, welche Kosten auf die Allgemeinheit umgelegt werden und welche laufenden Kosten ausschließlich von den neu angesiedelten Betrieben getragen werden. Aus seiner Sicht sei wichtig nachzuvollziehen, an welchen Stellen welche Kosten entstehen und wie diese berücksichtigt werden. Anschließend fragt Ausschussvorsitzender Plate Ausschussmitglied Lorenz, ob sie dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen kann.

Ratsvorsitzende Wilke erklärt, dass sie den Antrag inhaltlich nicht grundsätzlich für falsch hält. Aus ihrer Sicht sollte dieser jedoch anders formuliert werden. Sie regt an, dass die Verwaltung aufzeigt, welche Positionen innerhalb der Gebührenkalkulation durch politische Entscheidungen beeinflusst werden können. Als Beispiel nennt sie Investitionen in Bau- und Gewerbegebieten, deren Kosten teilweise von der Allgemeinheit getragen werden. Hierfür sind aus ihrer Sicht nicht zwingend umfangreiche Datenauswertungen erforderlich. Entscheidend ist vielmehr die Darstellung der politischen Einflussmöglichkeiten innerhalb der Gesamtberechnung.

Bürgermeisterin Oltmanns weist darauf hin, dass viele der aufgeworfenen Fragen bereits beantwortet sind. Insbesondere hat Verwaltungsangestellte Hollmann die Zusammenhänge sowie die positiven und negativen Auswirkungen einzelner Faktoren, wie z.B. Aufwendungen für den Kanalbau im Gewerbepark und die Kanalsanierung in Brettorf, bereits ausführlich erläutert. Sie erklärt, dass sie Verwaltungsangestellte Hollmann aufgrund der aktuellen personellen Situation und dringender anderweitiger Aufgaben nicht zum wiederholten Male mit einer umfassenden Aufbereitung und Vorstellung des Themas beauftragen kann. Grundsätzlich bestehe alternativ die Möglichkeit, das Unternehmen Comuna erneut zu einer Vorstellung einzuladen. Aktuell verfügt das Unternehmen jedoch ebenfalls nicht über die notwendigen Kapazitäten. Eine Nachfrage hierzu sei bereits erfolgt.

Ausschussvorsitzender Plate fragt Ausschussmitglied Lorenz, ob sie mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einverstanden ist und ob dieser gegebenenfalls um die Zurverfügungstellung von Daten (Erstellung einer entsprechenden Übersicht beziehungsweise Excel-Tabelle) ergänzt werden soll.

Ausschussmitglied Lorenz erklärt, dass ihr wichtig ist, die gewünschten Informationen rechtzeitig vor der nächsten Gebührenkalkulation zu erhalten. Bis dahin möchte sie die offenen Fragen nicht erneut stellen müssen. Ziel ist es, dass dem Gemeinderat die entsprechenden Daten so früh wie möglich zur Verfügung gestellt werden. Sie betont, dass über Umfang und Inhalt der Informationen weiterhin gesprochen werden kann. Die angespannte personelle Situation in der Verwaltung kann sie vollständig nachvollziehen. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass Anträge nicht grundsätzlich mit Verweis auf die personelle Situation abgelehnt werden können. Sie bittet über einen **Antrag** zur entsprechenden **Änderung der Beschlussempfehlung**, wie von Ausschussvorsitzendem Plate vorgeschlagen, abstimmen zu lassen.

Da entsprechend der Abstimmung der **Änderung der Beschlussempfehlung stattgegeben** wurde, lässt Ausschussvorsitzender Plate über den Beschlussvorschlag in der **geänderten Fassung** abstimmen. Der **geänderte Beschlussvorschlag** wird bei 2 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen **abgelehnt**.



**Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt:**

**Der Verwaltungsausschuss beschließt:**

**„Die Behandlung des Themas im nächsten Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen wird nicht vorgenommen. Dem Antrag der SPD-Fraktion wird somit nicht stattgegeben.**

**Die Firma Communa wird zu einer öffentlichen Gremiensitzung in der neuen Wahlperiode im Rahmen der nächsten Gebührenkalkulation und -festsetzung eingeladen, damit diese Zahlen, Daten und Fakten der Gebührenkalkulation öffentlich vorstellt.**

**Die Verwaltung wird beauftragt, die wesentlichen Daten und Entwicklungen der Gebührenkalkulation in übersichtlicher Form darzustellen und den Ratsmitgliedern zeitnah zur Verfügung zu stellen.“**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja 2 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

**Zu TOP 11 Verwendung der "Akzeptanzabgaben";**

**hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 17.03.2026 und Antrag der CDU-Fraktion vom 27.04.2026 zur Verwendung der "Akzeptanzabgaben" der Jahre 2024/2025**

**Vorlage: 2026/137**

Ausschussvorsitzender Plate leitet in die Thematik ein.

Anschließend werden die Vorschläge der CDU-Fraktion von stellvertretender Bürgermeisterin Spille und die Vorschläge der FDP-Fraktion von Ausschussvorsitzendem Plate vorgestellt.

Ausschussmitglied Roggenthien zeigt sich irritiert über den Vorschlag zum Erwerb einer Ausgleichsfläche für die Nutzung des Dorfgartens. Sie verweist darauf, dass die politischen Gremien bereits im Dezember 2025 einen Grundsatzbeschluss gefasst haben, wonach ein entsprechender Erwerb einer Ausgleichsfläche zur Errichtung eines Dorfplatzes mit einer Veranstaltungsfläche nicht erfolgen soll. Zudem weist sie darauf hin, dass die Fläche dauerhaft angelegt und gepflegt werden muss. Der im Dezember 2025 gefasste Beschluss sei das Ergebnis eines demokratischen Entscheidungsprozesses gewesen und sollte daher angenommen und akzeptiert werden.

Ausschussvorsitzender Plate weist darauf hin, dass die damalige Entscheidung mehrheitlich aus Kostengründen getroffen wurde. Die Finanzierung könnte nun jedoch über Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe erfolgen. Vor diesem Hintergrund hat seine Fraktion den Vorschlag erneut aufgegriffen, um die Maßnahme gegebenenfalls umsetzen zu können.



### *Erläuterung der Prioritätenliste der Verwaltung*

Bürgermeisterin Oltmanns erläutert die von der Verwaltung erarbeitete Prioritätenliste. Aus der Windenergieakzeptanzabgabe stehen insgesamt 34.655,96 Euro zur Verfügung. Sie erläutert die Gründe, weshalb drei vorgeschlagene Maßnahmen nicht in die Prioritätenliste aufgenommen wurden.

Der Vorschlag der FDP-Fraktion zum Erwerb einer Ausgleichsfläche für die Nutzung des Dorfgartens wird nicht berücksichtigt, da hierzu bereits im Dezember 2025 ein anderslautender politischer Beschluss gefasst wurde.

Das Projekt „Artist in Residence“ wurde ebenfalls nicht aufgenommen. Es handelt sich aktuell um ein Projekt für das Jahr 2026, dessen Finanzierung vollständig gesichert ist und bereits von der Gemeinde bezuschusst wird. Sie bezeichnet das Projekt als sehr positiv, hat jedoch derzeit keine Informationen darüber vorliegen, ob eine Fortführung im Jahr 2027 geplant ist oder ein entsprechender Bedarf besteht.

Auch der Vorschlag zur Förderung gesunder Ernährung in Schulen und Kindertagesstätten wird nicht berücksichtigt. Die Verwaltung geht von Kosten zwischen 28.000,00 € und 40.000,00 € aus und bezweifelt daher, dass die zur Verfügung stehenden Mittel ausreichen. Zudem hat es in der Vergangenheit zu diesem Thema bereits Maßnahmen gegeben, die für nicht unerheblichen Unmut gesorgt haben.

Zu den Nebenkosten der Dorfgemeinschaftshäuser erklärt Bürgermeisterin Oltmanns, dass die für das Jahr 2025 dargestellten Aufwendungen als Orientierungswert dienen, da in dem Antrag keine konkreten Angaben gemacht worden seien.

Die Unterstützung der Neerstedter Bühne bewertet die Verwaltung als sehr sinnvolles Projekt. Zwar hat aktuell kein konkreter Austausch mit dem Verein stattgefunden, jedoch ist bekannt, dass dort insbesondere auch technische Erneuerungen vorgesehen sind. Daher setzt die Verwaltung einen Betrag von 5.000,00 € als Orientierungswert an.

Für zusätzliche Straßenbeleuchtung sind bereits Mittel im Haushalt veranschlagt. Mit den verfügbaren Mitteln aus der Windenergieakzeptanzabgabe können nach Einschätzung der Verwaltung zwei weitere Leuchten finanziert werden. Pro Standort fallen Kosten von etwa 3.000,00 € bis 5.000,00 € an, weshalb ein Betrag von insgesamt 10.000,00 € angegeben wurde.

Zum Vorschlag der Ausgabe von Klimabäumen erläutert Bürgermeisterin Oltmanns, dass vergleichbare Programme auch in anderen Kommunen durchgeführt werden. Die konkrete Ausgestaltung ist jedoch unterschiedlich. Bei einer Verteilung von 90 Bäumen entstehen Kosten von rund 31.500,00 € Euro. Darüber hinaus müssen aus Sicht der Verwaltung eine entsprechende Richtlinie erarbeitet und Dokumentationen erfolgen, was zusätzlichen Verwaltungsaufwand verursacht.

Die zusätzliche Unterhaltung der Spielplätze bewertet die Verwaltung ebenfalls positiv. Zusätzliche Spielgeräte werden sicherlich gut angenommen. Da die verfügbaren Mittel aus der



Akzeptanzabgabe zuletzt bereits für ein größeres Spielgerät eingesetzt wurden, wurde dieser Vorschlag zunächst „nur“ auf Position 4 gesetzt.

#### Beratung über die vorgeschlagene Prioritätenliste der Verwaltung

Ausschussmitglied Roggenthien erkundigt sich, ob die Bezirksvorsteher bei der Erarbeitung der Vorschläge beteiligt wurden.

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass die Bezirksvorsteher im Rahmen dieses aktuellen Verfahrens nicht beteiligt wurden. Sie weist darauf hin, dass entsprechend der politischen Vorgabe ausschließlich Vorschläge aus der Politik eingereicht werden dürfen. Die in der Prioritätenliste enthaltenen Maßnahmen stammen daher ausschließlich aus den politischen Gremien. Sie verweist darauf, dass die politischen Gremien bei der letzten Vergabe der Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe beschlossen haben, einen Betrag von 10.000,00 € für das Ehrenamt bereitzustellen. In diesem Zusammenhang wurden die Bezirksvorsteher angeschrieben und gebeten, Maßnahmen und Projekte zu benennen, für die die Mittel verwendet werden sollen.

#### *Erstattung eines prozentualen Anteils der Nebenkostenabrechnungen der Dorfgemeinschaftshäuser und Vereine*

Ausschussmitglied Roggenthien erkundigt sich, ob die vorgeschlagene Unterstützung der Dorfgemeinschaftshäuser auch Sportvereine umfasse.

Bürgermeisterin Oltmanns erläutert, dass die Verwaltung bei ihrem Vorschlag ausschließlich die in Rechnung gestellten Nebenkosten der Dorfgemeinschaftshäuser berücksichtigt hat. Weitere Einrichtungen sind nicht einbezogen worden. Sie erkundigt sich bei der CDU-Fraktion, warum auch Vereine genannt wurden.

Ratsvorsitzende Wilke berichtet, dass Hintergrund des Vorschlags die Unterstützung der Dorfgemeinschaftshäuser gewesen sei, die mit hohen Nebenkostennachzahlungen belastet wurden.

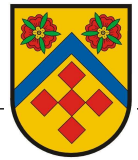
Ausschussvorsitzender Plate fragt, welche Vereine beziehungsweise Einrichtungen von dem Vorschlag erfasst werden.

Bürgermeisterin Oltmanns erläutert, dass alle Einrichtungen berücksichtigt werden, von denen entsprechende Nebenkostennachzahlungen gefordert wurden.

Ausschussmitglied Roggenthien erkundigt sich, ob eine vollständige Erstattung oder lediglich ein prozentualer Anteil der Nebenkosten vorgesehen ist.

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass beide Varianten möglich sind. Denkbar ist sowohl die vollständige Übernahme der Nebenkosten eines Jahres als auch eine anteilige Förderung – auch für mehrere Jahre.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille erläutert, dass es der CDU-Fraktion insbesondere um eine Entlastung aufgrund der kostenintensiven Jahre geht. Die Nebenkostenabrechnungen sind teilweise



sehr hoch ausgefallen und zudem erst mit zeitlicher Verzögerung erfolgt. Ziel ist es daher, die Dorfgemeinschaften finanziell zu entlasten.

Ratsvorsitzende Wilke stimmt den Erläuterungen zu.

Ausschussvorsitzender Plate schlägt vor, einen festen Betrag für die Förderung festzulegen.

Ratsvorsitzende Wilke schlägt hierfür einen Betrag von 10.000,00 € vor.

Ausschussvorsitzender Plate bringt einen Betrag von 7.500,00 € in die Diskussion ein.

Ausschussmitglied Schachtschneider weist darauf hin, dass es sich um eine einmalige Unterstützung handle und dies deutlich gemacht werden solle. Andernfalls kann eine dauerhafte Erwartungshaltung entstehen.

Ratsvorsitzende Wilke und stellvertretende Bürgermeisterin Spille stellen namens der CDU-Fraktion klar, dass eine einmalige Zahlung vorgesehen ist.

Bürgermeisterin Oltmanns schlägt vor, zunächst grundsätzlich über die Unterstützung der Maßnahme zu entscheiden und erst anschließend die Höhe der bereitzustellenden Mittel festzulegen.

**Der Ausschuss verständigt sich darauf, einen Anteil der Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe für die Erstattung eines prozentualen Anteils der Nebenkostenabrechnungen der Dorfgemeinschaftshäuser und Vereine bereitzustellen.**

*Finanzielle Unterstützung für Kunst und Kultur, u.a.- Unterstützung der Neerstedter Bühne für Anschaffungen oder ein Projekt*

Ausschussmitglied Roggenthien erklärt, dass sie den Vorschlag grundsätzlich positiv bewertet. Sie wirft jedoch die Frage auf, wie mit der Dötlingen Stiftung verfahren wird, da diese sich auflöst. Aus ihrer Sicht stellt sich die Frage, ob ein weiterer Zuschuss benötigt wird, da sich in Dötlingen voraussichtlich eine Gruppe bilden wird, die Projekte im Bereich Kunst und Kultur fortführen möchte. Zudem merkt sie an, dass ihr derzeit kein konkreter Antrag der Neerstedter Bühne vorliegt und sie die Entscheidung über die Höhe des Zuschusses deshalb als schwierig empfindet.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille erklärt, dass – ihres Wissens nach – derzeit noch nicht bekannt ist, wann die Auflösung der Dötlingen Stiftung abgeschlossen ist. Aus ihrer Sicht sollte zunächst die Auflösung abgeschlossen werden, bevor Zuschüsse für eine mögliche „neue Gruppe“ ins Auge gefasst werden.

Bürgermeisterin Oltmanns weist darauf hin, dass im Haushalt bereits Mittel für Kulturprojekte vorgesehen sind, aus welchen mögliche Projekte der „neuen Gruppe“ gegebenenfalls bezuschusst werden könnten. Für diesen Bereich müssen daher keine zusätzlichen Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe bereitgestellt werden. Hinsichtlich des Vorschlags zur



Unterstützung der Neerstedter Bühne erläutert sie, dass dort ein konkreter Bedarf besteht. Aktuell soll ihres Wissens nach die Technik erneuert werden. Dies könne rund 40.000,00 € kosten.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Roggenthien bestätigen Ratsvorsitzende Wilke, stellvertretende Bürgermeisterin Spille und Ausschussvorsitzender Plate, dass Bedarfe bei der Neerstedter Bühne bestehen.

Ausschussmitglied Lorenz erklärt ebenfalls ihre Unterstützung für den Vorschlag und merkt an, dass aus ihrer Sicht auch ein höherer Förderbetrag als 5.000,00 € möglich ist.

**Der Ausschuss verständigt sich darauf, einen Anteil der Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe für die finanzielle Unterstützung für Kunst und Kultur – in diesem Fall die Unterstützung der Neerstedter Bühne – für Anschaffungen oder ein Projekt bereitzustellen.**

*Installationen von Laternen an Bushaltestellen und Schulwegen um dunkle Ecken und gefährliche Übergänge zu entschärfen (speziell Dötlingen/Busch)*

Zum Vorschlag der Installation zusätzlicher Straßenleuchten an Bushaltestellen und entlang von Schulwegen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit erklärt Ausschussmitglied Lorenz, dass sie die Maßnahme grundsätzlich für sinnvoll hält. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass die Beleuchtung öffentlicher Verkehrswege eine Aufgabe der Gemeinde ist. Die Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe sollten aus ihrer Sicht für zusätzliche Maßnahmen eingesetzt werden und nicht zur Finanzierung von Aufgaben dienen, die bereits zum regulären Aufgabenbereich der Gemeinde gehören.

Ausschussmitglied Roggenthien erklärt, dass sie bei diesem Vorschlag noch unentschlossen ist. Sie fragt, ob es sich hierbei um eine Pflichtaufgabe der Gemeinde handelt oder ob gezielt besondere Standorte betrachtet werden, an denen Aufwand und Nutzen einer Maßnahme im regulären Haushalt bislang nicht in einem angemessenen Verhältnis stehen. Sofern es sich um solche besonderen Fälle handelt und die Maßnahmen deshalb bislang nicht umgesetzt wurden, kann sie sich eine Finanzierung über Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe vorstellen.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille erklärt, dass ihre Fraktion die Bushaltestelle in Busch ins Auge gefasst hatte.

Ein Ausschussmitglied ergänzt, dass seines Wissens nach die dort vorgesehene Maßnahme bereits umgesetzt wird.

Ausschussvorsitzender Plate erkundigt sich, ob bei Maßnahmen im Bereich von Bushaltestellen eine Beteiligung der Anwohner vorgesehen ist.

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass sie hierzu keine Auskunft geben kann. Dies müsse im Einzelfall geprüft werden.



Stellvertretende Bürgermeisterin Spille schlägt vor, die Beleuchtung an der Bushaltestelle in Busch aus Mitteln der Windenergieakzeptanzabgabe zu finanzieren, sofern dieser Standort bislang nicht im Haushalt 2026 berücksichtigt ist. Sollte die Maßnahme dort bereits umgesetzt werden oder bereits anderweitig finanziert sein, spricht sie sich dafür aus, die Mittel für einen anderen Standort einzusetzen. Hierbei soll es sich um einen Bereich handeln, der bislang aufgrund eines ungünstigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses nicht für eine Umsetzung im regulären Haushalt berücksichtigt wurde.

Bürgermeisterin Oltmanns ergänzt, dass der zu veranschlagende Zuschuss für eine zusätzliche Leuchte auf 5.000,00 € beziffert werden sollte.

**Der Ausschuss verständigt sich darauf, einen Anteil der Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe in Höhe von 5.000,00 € für die Installation einer Laterne an Bushaltestellen bereitzustellen.**

*Nachhaltige Lebensweise fördern durch sogenannte "Klimabäume" für private Grundstückseigentümer*

Ratsvorsitzende Wilke fragt, ob der angesetzte Betrag von 350,00 € pro Baum möglicherweise zu hoch bemessen ist.

Hinzugewähltes Mitglied Schachtschneider erläutert, dass die Kosten von der Größe des jeweiligen Baumes abhängen. Zudem weist er darauf hin, dass die Bäume in privaten Gärten gepflanzt werden sollen. Er spricht sich dafür aus, lediglich einen Zuschuss in Höhe von 50 % der Kosten zu gewähren, damit auch ein persönliches Interesse der Eigentümer an einer erfolgreichen Anpflanzung und Entwicklung der Bäume besteht.

Bürgermeisterin Oltmanns erkundigt sich nach der praktischen Umsetzbarkeit des Vorschlags. Aus ihrer Sicht bietet es sich an, die Bäume zentral anzuschaffen, bereitzustellen und auf möglichst unbürokratische Weise auszugeben. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass aus ihrer Sicht hierfür eine entsprechende Richtlinie erarbeitet werden muss.

Da sich ein fachkundiger Einwohner mit besonderer Expertise im Bereich der Baumpflanzung im Publikum befindet und Einigkeit besteht, **unterbricht Ausschussvorsitzender Plate die Sitzung**, um diesem die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben.

Zu Beginn seiner Ausführungen weist der Einwohner darauf hin, dass ihm die Themen Kunst und Kultur besonders am Herzen liegen. Er berichtet, dass derzeit eine Nachfolgegruppe der Dötlingen Stiftung aktiv ist und daran arbeitet, einen Verein oder eine andere Nachfolgeorganisation ins Leben zu rufen. Ziel ist es, die kulturelle Arbeit in Dötlingen fortzuführen. Er bittet darum, dieses Anliegen bei künftigen Entscheidungen zu berücksichtigen, da hierfür gegebenenfalls finanzielle Unterstützung erforderlich sein wird. Zudem erläutert er, dass die Gruppe plant, gemeinsam mit Akteuren aus Dötlingen einen Workshop durchzuführen, um die zukünftige Ausrichtung und Organisation der kulturellen Arbeit zu beraten. Hinsichtlich des Projekts „Artist in Residence“ erklärt er, dass dieses grundsätzlich fortgeführt werden soll. Die weitere Entwicklung ist derzeit



jedoch noch offen, da unklar ist, wie sich die Situation – auch hinsichtlich der Nutzung der Müller vom Siel-Kate – weiterentwickelt.

Zum Vorschlag der Ausgabe von Klimabäumen äußert der Fachmann seine Bedenken hinsichtlich der praktischen Umsetzung. Die Interessen der Grundstückseigentümer seien sehr unterschiedlich. Während einige einen großen Baum bevorzugen, wünschen andere eher kleinere oder kompaktere Arten. Er befürchtet daher, dass eine zentrale Beschaffung und Verteilung von Bäumen in der Praxis nur schwer umzusetzen ist.

Ratsvorsitzende Wilke weist darauf hin, dass vergleichbare Programme zur Ausgabe von Klimabäumen in anderen Kommunen bereits erfolgreich umgesetzt wurden.

Auf Nachfrage erläutert der fachkundige Einwohner, dass derzeit noch nicht absehbar ist, welche Entwicklungen sich aus der Dötlingen Stiftung ergeben. Für die weitere kulturelle Arbeit könnten jedoch finanzielle Mittel hilfreich sein. Als Beispiel nennt er einen Betrag von 10.000,00 €, der für Projekte oder eine Nachfolgeorganisation zur Verfügung stehen könnte.

Ausschussmitglied Roggenthien erklärt, dass sie eine Bezuschussung eines Folgeprojektes grundsätzlich für sinnvoll hält. Sollten die Mittel aus dem vorhandenen Kulturtopf letztlich nicht vollständig ausgeschöpft werden, könnte dieser entsprechend verwendet werden. Die Bereitstellung eines Zuschusses aus der Windenergieakzeptanzabgabe sieht sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht, da es noch kein konkretes Vorhaben gibt. Den Vorschlag zur Ausgabe von Klimabäumen befürwortet sie grundsätzlich ebenfalls. Sie sieht jedoch Schwierigkeiten bei der langfristigen Pflege und Unterhaltung der Bäume. Aus diesem Grund schlägt sie vor, die Mittel stattdessen dem Arbeitskreis „Artenvielfalt“ zur Verfügung zu stellen, damit dieser eigenständig klimaverbessernde Maßnahmen entwickeln und umsetzen kann. Eine direkte Förderung von Privatpersonen betrachtet sie hingegen skeptisch.

Ausschussvorsitzender Plate erkundigt sich nach den Kosten eines Klimabaumes.

Der fachkundige Einwohner beziffert die Kosten auf rund 300,00 € pro Baum. Den Vorschlag, die Mittel dem Arbeitskreis „Artenvielfalt“ zur Verfügung zu stellen, bewertet er als gute Idee.

Anschließend fragt Ausschussvorsitzender Plate nach dem Sachstand zur Fortführung des Projekts „Artist in Residence“.

Der fachkundige Einwohner erläutert, dass grundsätzlich vorgesehen ist, das Projekt künftig jährlich durchzuführen. Ein entsprechender Beschluss der Dötlinger GartenKultur liegt vor. Er berichtet, dass das Projekt aktuell sehr erfolgreich verläuft und durch „Artist in Residence“ ein zusätzlicher Anziehungspunkt für die Gemeinde entsteht. Das jährliche Budget des Projektes beläuft sich auf insgesamt 5.000,00 €. Die Finanzierung erfolgt durch verschiedene Zuschussgeber. Nach seinen Angaben wird das Projekt durch die Dötlinger GartenKultur, die Oldenburgische Landschaft, die Gemeinde Dötlingen sowie den Landkreis Oldenburg mit jeweils einem Anteil von 1.000,00 € finanziert. Er betont, dass eine jährliche Unterstützung seitens der Gemeinde Dötlingen in Höhe von 1.000,00 € auch künftig sehr hilfreich wäre.



**Sodann eröffnet Ausschussvorsitzender Plate die Sitzung um 20:55 Uhr wieder.**

**Ratsvorsitzende Wilke erklärt, dass der Vorschlag zur Förderung von Klimabäumen zurückgezogen wird. Die Ausschussmitglieder pflichten dem bei.**

*Instandhaltung und Aufwertung der öffentlichen Spielplätze*

Zum Vorschlag der Instandhaltung und Aufwertung der öffentlichen Spielplätze erläutert die stellvertretende Bürgermeisterin Spille, dass die Mittel ausschließlich für zusätzliche Spielgeräte verwendet werden sollen. Eine Verwendung für reguläre Instandhaltungs- oder Reparaturmaßnahmen sei nicht vorgesehen.

Ausschussmitglied Lorenz erkundigt sich, ob bereits konkrete Spielplätze für die Umsetzung der Maßnahme ins Auge gefasst wurden

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille verneint dies. Der Vorschlag ist als Pauschale zu verstehen.

Ausschussmitglied Roggenthien fragt Bürgermeisterin Oltmanns, ob der Verwaltung konkrete Maßnahmen bekannt sind.

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass ihr derzeit keine konkreten Vorhaben bekannt sind, aber regelmäßig Wünsche an die Verwaltung herangetragen werden, für welche ein Teilbetrag der Akzeptanzabgabe genutzt werden könnte.

Ratsvorsitzende Wilke erläutert, dass der Vorschlag bewusst pauschal gefasst wurde, da erfahrungsgemäß an verschiedenen Spielplätzen regelmäßig zusätzlicher Bedarf entsteht.

Bürgermeisterin Oltmanns geht davon aus, dass sich bei einer Bereitstellung der Mittel zeitnah geeignete Maßnahmen beziehungsweise Standorte finden werden.

Ausschussvorsitzender Plate fragt, ob für die Maßnahme weiterhin ein Betrag von 10.000,00 € vorgesehen werden soll.

**Dies wird von den Ausschussmitgliedern bejaht, sodass sich der Ausschuss darauf verständigt, einen Anteil der Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe in Höhe von 10.000,00 € für die Instandhaltung und Aufwertung der öffentlichen Spielplätze bereitzustellen.**

*Ankauf der Ausgleichsfläche für den Dorfgarten als Veranstaltungsort in Dötlingen*

**Der Ausschuss verständigt sich darauf, keinen Anteil der Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe für den Ankauf der Ausgleichsfläche für den Dorfgarten als Veranstaltungsort in Dötlingen bereitzustellen.**

*Finanzielle Unterstützung für Kunst und Kultur, u.a.- Unterstützung des Projektes "Artist in Residence"*



Auf Nachfrage erklärt Bürgermeisterin Oltmanns, dass die Initiatoren einen erneuten Antrag auf Unterstützung des Projektes stellen können. Dieser kann im Rahmen der Haushaltsberatungen berücksichtigt werden. Sie vertritt die Auffassung, dass eine mögliche Förderung aus den im Haushalt der Gemeinde Dötlingen vorgesehenen Mitteln für Kulturförderung erfolgen sollte und nicht aus den Mitteln der Windenergieakzeptanzabgabe.

*Implementierung von Angeboten in Bezug auf „Gesunde Ernährung in Schulen und Kindergärten“*

Zum Vorschlag der Implementierung von Angeboten im Bereich gesunde Ernährung in Schulen und Kindertagesstätten stellt Ausschussvorsitzender Plate fest, dass dieser derzeit keine Priorität hat. Er schlägt vor, den Vorschlag zu einem späteren Zeitpunkt der heutigen Beratung erneut zu betrachten, nachdem über die prioritären Maßnahmen und deren finanzielle Ausstattung entschieden wurde. Sofern anschließend noch Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe zur Verfügung stehen, könne die Maßnahme erneut in die Beratungen einbezogen werden.

*Mögliche „neue“ Gruppe als Nachfolger der Dötlingen Stiftung*

Zum Vorschlag einer möglichen neuen Gruppe als Nachfolgeorganisation der Dötlingen Stiftung äußert sich Bürgermeisterin Oltmanns kritisch. Sie betont, dass sich ihre Einschätzung nicht gegen das Vorhaben als solches richtet, sondern auf die derzeit unklare Ausgangslage zurückzuführen ist.

Sie verweist darauf, dass die Stiftung nach ihrer Kenntnis trotz vollständiger Mieteinnahmen aus dem Heuerhaus weiterhin erhebliche ungedeckte Kosten aufweist. Vor diesem Hintergrund sei davon auszugehen, dass die bislang ins Gespräch eingebrachten Beträge nicht auskömmlich sind. Zudem sei die Situation derzeit noch zu ungewiss. Zwar wurde ein Beschluss zur Auflösung der Stiftung gefasst, die Auflösung selbst sei jedoch noch nicht vollzogen. Wann das Verfahren abgeschlossen wird, sei derzeit nicht absehbar. Nach Einschätzung der Bürgermeisterin wird der weitere Prozess noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Ausschussmitglied Roggenthien erklärt, dass sie eine mögliche Nachfolgeorganisation der Dötlingen Stiftung grundsätzlich für unterstützenswert hält. Aus ihrer Sicht ist es jedoch erforderlich, zunächst konkretere Informationen über die künftige Struktur und Ausrichtung zu erhalten. Andernfalls bestehe die Gefahr, Mittel bereitzustellen, ohne den tatsächlichen Bedarf und Umfang der Unterstützung verlässlich einschätzen zu können. Sie betont, dass im Rat grundsätzlich Einigkeit darüber besteht, eine tragfähige Nachfolgelösung zu unterstützen, sofern sich eine solche ergibt. Sollte sich vor den nächsten Haushaltsberatungen eine konkrete Organisation bilden, könnte diese einen entsprechenden Antrag auf Unterstützung stellen.

**Der Ausschuss verständigt sich darauf, keinen Anteil der Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe für die mögliche „neue“ Gruppe als Nachfolger der Dötlingen Stiftung bereitzustellen.**

*Finanzielle Unterstützung des Arbeitskreises „Artenvielfalt“*



Zum Vorschlag der finanziellen Unterstützung des Arbeitskreises „Artenvielfalt“ schlägt Ausschussmitglied Roggenthien vor, einen einmaligen Betrag in Höhe von 10.000,00 € bereitzustellen.

Hinzugewähltes Mitglied Schachtschneider bewertet die Unterstützung grundsätzlich positiv. Er spricht sich jedoch dafür aus, die Mittel ausschließlich für konkrete Projekte und Maßnahmen einzusetzen. Eine Verwendung für Planungs- oder Verwaltungskosten sollte aus seiner Sicht nicht erfolgen.

**Der Ausschuss verständigt sich darauf, einen Anteil der Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe für die Unterstützung des Arbeitskreises „Artenvielfalt“ bereitzustellen.**

#### Festgelegte Maßnahmen für die Bereitstellung eines Anteils der Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe

Abschließend folgert Ausschussvorsitzender Plate, dass für folgende Maßnahmen Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe bereitgestellt werden soll:

1. Erstattung eines prozentualen Anteils der Nebenkostenabrechnungen der Dorfgemeinschaftshäuser und Vereine
2. Finanzielle Unterstützung für Kunst und Kultur – in diesem Fall die Unterstützung der Neerstedter Bühne
3. Installationen von Laternen an Bushaltestellen und Schulwegen um dunkle Ecken und gefährliche Übergänge zu entschärfen (speziell Dötlingen/Busch)
4. Instandhaltung und Aufwertung der öffentlichen Spielplätze
5. Finanzielle Unterstützung des Arbeitskreises „Artenvielfalt“

#### Festgelegte Beträge für die Bereitstellung von Mitteln aus der Windenergieakzeptanzabgabe

Ferner folgert Ausschussvorsitzender Plate, dass bisher erst zwei konkrete Beträge festgelegt wurden:

1. 5.000,00 € für die Installation von Laternen an Bushaltestellen und Schulwegen um dunkle Ecken und gefährliche Übergänge zu entschärfen (speziell Dötlingen/Busch)
2. 10.000,00 € für die Instandhaltung und Aufwertung der öffentlichen Spielplätze

#### Festlegung der konkreten Beträge für die übrigen Maßnahmen

Der Ausschuss verständigt sich darauf, einen Anteil der Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe in Höhe von 7.000,00 € für die finanzielle Unterstützung für Kunst und Kultur – in diesem Fall die Unterstützung der Neerstedter Bühne – für Anschaffungen oder ein Projekt bereitzustellen.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, einen Anteil der Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe in Höhe von 7.000,00 € für die Erstattung eines prozentualen Anteils der Nebenkostenabrechnungen der Dorfgemeinschaftshäuser und Vereine bereitzustellen.



Der Ausschuss verständigt sich darauf, einen Anteil der Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe für die Unterstützung des Arbeitskreises „Artenvielfalt“ in Höhe von 5.000,00 € bereitzustellen.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die übrigen Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe in Höhe von 655,96 € für die Implementierung von Angeboten in Bezug auf „Gesunde Ernährung in Schulen und Kindergärten“ bereitzustellen. Denkbar ist beispielsweise eine Tagesaktion, bei der Äpfel ausgegeben werden.

#### Beschlussfassung

Sodann formuliert Ausschussvorsitzender Plate die **ergänzte Beschlussempfehlung** und lässt über diese – da offensichtlich Einigkeit besteht – abstimmen. Die ergänzte Beschlussempfehlung wird einstimmig bei 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt:**

**Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:**

**Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:**

**„Die als Anlage beigefügte mögliche Prioritätenliste zu den bei der Verwaltung eingereichten Vorschlägen wird zur Kenntnis genommen.**

#### **Die Maßnahmen:**

1. Erstattung eines prozentualen Anteils der Nebenkostenabrechnungen der Dorfgemeinschaftshäuser und Vereine (7.000,00 €),
2. Finanzielle Unterstützung für Kunst und Kultur – in diesem Fall die Unterstützung der Neerstedter Bühne (7.000,00 €),
3. Installationen von Laternen an Bushaltestellen und Schulwegen um dunkle Ecken und gefährliche Übergänge zu entschärfen (speziell Dötlingen/Busch) (5.000,00 €),
4. Instandhaltung und Aufwertung der öffentlichen Spielplätze (10.000,00 €),
5. Finanzielle Unterstützung des Arbeitskreises „Artenvielfalt“ (5.000,00 €) sowie
6. Implementierung von Angeboten in Bezug auf Gesunde Ernährung in Schulen und Kindergärten (655,96 €)

werden im Rahmen der aus den Jahren 2024/2025 zur Verfügung stehenden Akzeptanzabgaben in Höhe von (zurzeit) 34.655,96 € in der Reihenfolge der Festsetzungen umgesetzt.“

#### Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0



## **Zu TOP 12     Anfragen und Anregungen**

### **Zu TOP 12.1   Anfragen und Anregungen – Dank für die geleistete Rats- und Ausschussarbeit sowie möglicher Wechsel von hinzugewählten und hinzugezogenen Mitgliedern während einer Wahlperiode**

Hinzugewähltes Mitglied Schachtschneider nutzt die letzte Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen in der Ratsperiode 2021-2026, um sich für die Zusammenarbeit zu bedanken. Er erklärt, dass er es grundsätzlich begrüßt, wenn die Funktion des hinzugewählten Mitglieds nicht dauerhaft von derselben Person wahrgenommen wird. Ein regelmäßiger Wechsel ermöglicht seiner Meinung nach neue Perspektiven und frische Ideen. Insofern regt er an, künftig (nach z.B. 4 Jahren) einen Wechsel vorzunehmen.

Ratsvorsitzende Wilke bedankt sich bei hinzugewähltem Mitglied Schachtschneider für die gute Zusammenarbeit und hebt insbesondere seine konstruktiven Beiträge in den Beratungen hervor.

Ausschussmitglied Lorenz schließt sich den Worten an. Sie würdigt insbesondere die praxisnahen Anregungen und Ideen, die hinzugewähltes Mitglied Schachtschneider in die Ausschussarbeit eingebracht hat.

Bürgermeisterin Oltmanns schließt sich den Dankesworten an und spricht hinzugewähltem Mitglied Schachtschneider auch im Namen der Verwaltung ihren Dank für die engagierte Mitarbeit und die gute Zusammenarbeit aus.

## **Zu TOP             Einwohnerfragestunde**

**Ausschussvorsitzender Plate schließt die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen und eröffnet die Einwohnerfragestunde um 21:13 Uhr.**

Ein Einwohner lobt die vorgesehene Verwendung der Mittel aus der Windenergieakzeptanzabgabe. Zudem regt er an, die Entwicklungen im Bereich Kunst und Kultur sowie im Zusammenhang mit einer möglichen Nachfolgelösung der Dötlingen Stiftung auch künftig zu unterstützen.

**Sodann schließt Ausschussvorsitzender Plate die Einwohnerfragestunde. Er eröffnet erneut die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen um 21:13 Uhr, die er gleichzeitig wieder schließt.**

---

Bürgermeisterin  
Antje Oltmanns

Vorsitzende  
Claus Plate

Protokollführerin  
Lea Möller